

Frau Ministerin
Ursula von der Leyen
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Alexanderstraße 3
D-10178 Berlin

Dr. Karin Derichs-Kunstmann
Forschungsinstitut Arbeit,
Bildung, Partizipation
Münsterstr. 13 -15
45657 Recklinghausen
Tel.: (+49) (0)2361 / 90 44 80

im Auftrag von GMEI
Kurzportrait des Netzwerkes
in der Anlage

13.11.2006

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Ministerin,

die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist Voraussetzung für die Verbesserung und Qualitätssicherung von Leistungen der öffentlichen Verwaltungen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Leider können wir zurzeit nicht erkennen, wie der Stellenwert von Gender Mainstreaming von Ihnen und Ihrem Ministerium eingeschätzt wird und wir fragen uns, ob die Einstellung des Newsletters Gender Mainstreaming gar als Signal dafür zu werten ist, dass die Bundesregierung der Strategie des Gender Mainstreaming in Zukunft keine wesentliche Bedeutung mehr beimisst.

Wir erwarten seit längerem, dass der so gut begonnene Gender Mainstreaming-Prozess weiter geführt und auf allen politischen Ebenen verankert wird. Dazu gehört für uns,

- dass die Prozesse der Implementierung von Gender Mainstreaming weitergeführt, die bisher erprobten Instrumente in der Praxis der Verwaltung angewandt und weitere Instrumente von Gender Mainstreaming entwickelt werden,
- dass bisher durchgeführte Gender Mainstreaming-Prozesse und Projekte evaluiert werden,
- dass verstärkt Fortbildungen zur Vermittlung von Gender Kompetenz in enger Verschränkung mit fachlichen Aufgaben erfolgen
- dass die Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming (IMA) als Steuerungsgruppe weiter arbeitet und
- dass das Gender Mainstreaming-Konzept öffentlichkeitswirksam präsentiert wird

Vor dem Hintergrund aktueller Medienberichterstattung, die Gender Mainstreaming bewusst diskreditiert, ist es umso wichtiger, dass die Bundesregierung ihren engagierten Gender Mainstreaming-Prozess fortsetzt. Wir halten Gender Mainstreaming auch aufgrund unserer breit

gefächerten Erfahrungen In Forschung und Beratung für die Schlüsselstrategie, um Artikel 3, Abs. 2 Grundgesetz umzusetzen und um die Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen.

In der Praxis von Kommunen und Landesverwaltungen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden (z.B. Jugendarbeit oder Sport) etc. wird die Gender Mainstreaming-Strategie in ihrer Bedeutung für Geschlechtergerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit zunehmend erkannt. Auch Unternehmen der Privatwirtschaft sind auf dem Wege, Gleichstellung der Geschlechter systematisch in ihre Personal- und Geschäftspolitik zu integrieren. Dabei findet der international gebräuchliche Begriff Gender Mainstreaming, für den es keine adäquate deutsche Übersetzung gibt, in vielen Praxisfeldern zunehmend Akzeptanz.

Um die Dynamik dieser Prozesse nicht zu gefährden, brauchen wir Signale von der Spitze der deutschen Bundesregierung, die die Verbindlichkeit von Gender Mainstreaming betont und glaubwürdig vertritt.

Ein Nachlassen in den Aktivitäten zur breiten Verankerung von Gender Mainstreaming ist auch unter Kostengesichtspunkten nicht zu vertreten. Das Nachbessern von politischen Entscheidungen ist, wie sich z.B. bei der Hartzgesetzgebung zeigt, weitaus kostspieliger als eine vorausschauende geschlechterpolitische Folgeabschätzung und die Integration der Geschlechterperspektive in die Planungsprozesse.

Nicht zuletzt sehen wir auf internationaler Ebene und insbesondere in vielen anderen europäischen Ländern, dass die Bedeutung von Gender Mainstreaming stetig zunimmt. Im internationalen Vergleich hat Deutschland hier noch einen erheblichen Nachholbedarf. Die mit Gender Mainstreaming verbundenen Prozesse benötigen allerdings unbedingt Zeit und Kontinuität, um Strukturen ebenso wie Organisationskulturen nachhaltig zu verändern.

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Ihr Engagement für Gender Budgeting im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft begrüßen wir in diesem Zusammenhang sehr. Die Einführung von Gender Budgeting kann jedoch nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie in Gender Mainstreaming-Prozesse eingebettet ist und diese Prozesse zielorientiert gesteuert werden.

Wir appellieren an Sie, den einmal begonnenen Gender Mainstreaming-Prozess mit hoher Aufmerksamkeit weiter zu führen und die anderen Ressorts der Bundesregierung mit in die Verantwortung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Karin Derichs-Kunstmann, Recklinghausen

für das Netzwerk**Gender Mainstreaming Experts International (GMEI)**

Dr. Birgit Buchinger, Salzburg

Dr. Uta Enders-Drägässer, Frankfurt

Birgit Erbe, München

Dr. Regina Frey, Berlin

Dr. Monika Goldmann, Dortmund

Heike Gumpert, Bonn

Dr. Gerrit Kaschuba, Tübingen

Uta Kletzing, Berlin

Bente Knoll, Wien

Mara Kuhl, Berlin

Zita Küng, Basel

Reneé Parlar, Potsdam

Irene Pimminger, Berlin

Dr. Ingrid Schacherl, Salzburg

Elke Schilling, Ebendorf

Viktoria Schnier, Münster

Friedel Schreyögg, München

Ilona Schulz-Müller, Berlin

Dr. Brigitte Sellach, Frankfurt

Ulrike Spangenberg, Berlin

Elke Szalai, Wien

Dr. Elisabeth Stiefel, Köln

Dr. Barbara Stiegler, Bonn

für das Netzwerk**FORUMMänner in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse**

Klaus Schwerma, Genderwerk, Berlin

Jan Altmann-Schevitz, Jerusalem

Dag Schölper, Berlin

Andreas Goosses, Berlin

Henning von Barga, Berlin